

Wo Herr Kretschmann recht hat, irrt er!

Die Stuttgart 21-Volksabstimmung hat das Vertrauen in die Demokratie beschädigt.

Am **27. November 2010** hat das Volk von Baden-Württemberg entschieden. Und zwar für oder gegen "die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte zur Auflösung der vertraglichen Vereinbarungen mit Finanzierungspflichten des Landes bezüglich des Bahnprojekts Stuttgart 21 (S21) auszuüben." Wie bekannt: Es haben sich 58,9 Prozent der Abstimmenden gegen den Ausstieg des Landes aus der Projektfinanzierung von S21 ausgesprochen, 41,1 Prozent stimmten für den Ausstieg.

Dazu Ministerpräsident **Kretschmann** am 6.02.2012 auf Facebook: „Als überzeugter Demokrat und Ministerpräsident akzeptiere ich den Willen des Souveräns. Damit entfällt in einer Demokratie für die Politik und für mich als Ministerpräsident die Legitimation, das Projekt Stuttgart 21 dem Grunde nach immer und immer wieder in Frage zu stellen.“

Dementsprechend hatte schon Herr **Palmer** zuvor die Schlussfolgerung formuliert: „Wenn das Volk gesprochen hat, muss die Politik schweigen.“ Dieser Aussage Palmers kann ich, so pauschal wie sie formuliert ist, nicht zustimmen. Er spricht an anderer Stelle von "teilweise mythische[r] Überhöhung des Widerstands ". Damit mag er punktuell recht haben, ich sehe umgekehrt eher auf Seiten der S21-Befürworter, inzwischen auch bei Boris Palmer und der Landesregierung eine „**mythische Überhöhung**“ des **Volksentscheids**.

Wenn die Politik nach der Volksabstimmung zu schweigen hat, dann nur bezüglich der Frage "Zahlen oder nicht zahlen" für S21 - mit Kostendeckel 4,5 Milliarden Euro. Nur mit Hilfe einer weitreichenden Interpretation kann Herr Kretschmann zu dem **Kurzschluss** kommen, es sei „über die Realisierung der Projekte Stuttgart 21 und die Alternativen abgestimmt“ worden. Und nur mit Hilfe eines weiteren Kurzschlusses kann er zwei Dinge in eins setzen: „dagegen opponieren“ und „sich nicht an Gesetz und Recht gebunden fühlen“. Es gibt – nicht zuletzt im Mutterland der direkten Demokratie, der Schweiz – genügend Beispiele für die Revision von Volksabstimmungsergebnissen und in unserer eigenen repräsentativen Demokratie erst jüngst Beispiele entsprechender Wendemanöver, wie in der Atompolitik.

Es geht also darum, die **Volksabstimmung** zu **entmythologisieren** und auf ihren inhaltlichen Kern zurückzuführen. Ich kann an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, dass es aus den verschiedensten Gründen berechtigte Kritik an dem so und nicht anders praktizierten Verfahren und der Art, wie das Ergebnis zustande kam, gibt. Nur auf einen bemerkenswerten Punkt weise ich hin: Ist es nicht pikant, dass genau das **Netzwerk**, das ein bis heute nicht vollständig geplantes und kalkuliertes Verkehrs- und Immobilienprojekt jenseits tatsächlicher Bürgerbeteiligung, Transparenz und effektiver parlamentarischer Kontrolle auf den Weg gebracht hat, mit denselben Methoden die Volksabstimmung in ihrem Sinne manipuliert hat? Ist es nicht pikant, dass genau die Protagonisten dieses Netzwerks in der Regel gegen die Ausweitung direkt-demokratischer Prozesse predigen und nun selbst als mächtige Interessengruppierung die prognostizierten demagogischen Umtriebe praktiziert haben? Ist es nicht pikant, dass sich in diesen Tagen in neuer Deutlichkeit zeigt, wie diese „Spätzle-Connection“ weit über den Raum Baden-Württemberg hinausreicht (Nordsüddialog, ECE ...)?

Was sagt das Ergebnis der Volksabstimmung einer Landesregierung? Herr Kretschmann und sein Finanzminister haben der Bahn den Landesanteil an den S21-Kosten zu erstatten – im Rahmen einer Gesamtkostenobergrenze von 4,5 Milliarden Euro. Weitergehende Aussagen sind Interpretationen. Diese sind als Meinungen zu respektieren, als solche aber selbstverständlich Gegenstand der öffentlichen Debatte. Auch ein grüner Ministerpräsident ist ein Angestellter des Volkes und hat kein Recht auf „Ex-Cathedra-Erklärungen“.

Mein Fazit: **JA - das Ergebnis der Volksabstimmung respektieren, im Sinne von „Ja zu gedeckelter Finanzierung“.** **NEIN zu der Forderung nach Schweigen und Ende der Debatte!** Da lobe ich mir doch die alte Mappus-Regierung, die in ihrem „7 Punkte-Programm für die Zeit nach der Faktenschlichtung zu Stuttgart 21“ gefordert hatte: „Zur Sprachlosigkeit darf es nicht wieder kommen!“ Ein Lichtblick war in diesem Zusammenhang der Brief von Herrn Murawski an Herrn Kefer vom 2.2.2012.

Die Volksabstimmung hat eine Teilfrage beantwortet, nicht aber den massiven **gesellschaftlichen Konflikt** und die vielen **hochkomplexen Sachprobleme** des Bahnprojekts lösen können. Dem Gewinn an Demokratie, den Herr Kretschmann nicht müde wird zu beschwören, stehen in Bezug auf S21 **alte und neue gewichtige Demokratie-Defizite und -Belastungen** entgegen. Sie werfen eine Menge Fragen auf:

1. Wie kann ein amtierender Ministerpräsident ein Projekt realisieren, das nach seiner früher geäußerten Überzeugung auf einen rechtsfehlerhaften und **verfassungswidrigen Finanzierungsvertrag** gegründet ist?

2. Warum werden **wesentliche Bestandteile der Koalitionsvereinbarung nicht eingehalten** geschweige denn als gemeinsame Position der Landesregierung und der sie tragenden Parteien kommuniziert und mit Nachdruck verfolgt?

Zitat A: "wird eine aktualisierte **Kostenrechnung** eingeholt". Dies ist vor, während und nach der Volksabstimmung nicht geschehen. Dabei war und ist die Kostenfrage der zentrale Punkt der Volksabstimmung und der Bewertung ihres Ergebnisses.

Zitat B: Es soll von der Landesregierung darauf gedrängt werden, "dass für die Bauabschnitte, für welche bislang kein Baurecht besteht, die DB AG unmittelbar nach dem Stresstest **Planfeststellungsanträge** einreicht." Hier gibt es nur Verzug und Planungschaos. Die Bahn verstößt gegen ihre eigenen Prinzipien: „Insgesamt gilt für neue Projekte wie beispielsweise das Projekt Stuttgart 21 grundsätzlich, dass eine Umsetzung erst nach abgeschlossenem Planfeststellungsverfahren erfolgt.“ (Geschäftsbericht der DB 2001).

3. Wie kann die **parlamentarische Kontrolle** eines milliardenschweren Großprojekts wie Stuttgart 21, das mit enormen Risiken und Auswirkungen behaftet ist, gewährleistet werden? Ich sehe keinen Landtagsabgeordneten, der kritische Anfragen zum unterirdischen Bahnhof einbringen wird. Ich sehe keine innerparlamentarische Opposition. **Der Landtag versagt** auch in seiner Artikulations- und Repräsentationsaufgabe: Die 1 507 961 Persönlichkeiten, die bei der Volksabstimmung mit JA gestimmt haben, sehen sich im Landtag nicht mehr vertreten, ihre Meinung findet sich in den Debatten und Anträgen des Parlaments nirgendwo wieder. Auch das nun projektierte Glasdach auf dem Landtagsgebäude wird für undurchsichtige Vorgänge **keine Transparenz** herstellen können.

4. Wo bleibt der **Lenkungsreis**, das für Kommunikation, Entscheidungen und Koordination zwischen den Projektpartnern zuständige zentrale S21-Gremium? Warum lässt sich die Landesregierung Sitzungskreistermine und überhaupt das Verfahren von der Deutschen Bahn (und den anderen Projektträgern) diktieren? Soweit die Tätigkeit dieses

fehlkonstruierten Geheimgremiums überhaupt durchschaubar ist: Zu erkennen ist, dass seine nächste Sitzung immer weiter hinausgeschoben wurde (und wird?) und dass es nicht einmal seine ihm minimal zugedachte Funktion wahrnehmen kann: Die Bahnunternehmen sind nach dem Finanzierungsvertrag §13,6 zu Auskünften und zur Vorlage von Unterlagen verpflichtet, wenn dies ein Projektpartner verlangt. Davon ist nichts zu erkennen, die Bahn macht, was sie will, und droht auch noch den Rest des Stuttgarter Talgrunds plattzumachen. Und - damit zusammenhängend:

5. Wo bleibt der **Primat der Politik** gegenüber einem am Gewinn und nicht am Gemeinwohl orientierten Unternehmen wie der Deutschen Bahn? Einem Unternehmen, das durch einseitige Regelungen vor allem des Finanzierungsvertrags (inklusive Lenkungsreis) sowie durch beispiellose Ausnahmegenehmigungen zu sicherheitsrelevanten Regelungen günstig gestellt wurde. Einem Unternehmen, das sich tendenziell zu einem „**Staat im Staate**“ entwickelt hat - mit verhängnisvollen Folgen nicht nur für Bahnkunden.

6. Wie können Bürgerinnen und Bürger das **Vertrauen in Vermittlungsverfahren** bei Großprojekten zurückgewinnen? In Frankfurt wurde ein Mediationsverfahren zur Erweiterung des Flughafens durchgeführt. Das dort mühsam ausgehandelte Nachtflugverbot droht allerdings ignoriert zu werden. In Stuttgart gab es einen aufwändigen Faktencheck und eine Schlichtungsvereinbarung. Die Deutsche Bahn hat sie unterschrieben, sie setzt aber wesentliche Inhalte nicht um: u.a. den Erhalt der Gäubahn, die große Wendlinger Kurve, das Rettungskonzept für den Tiefbahnhof, die Rettung aller gesunden Parkbäume. Wenn das nicht geht, warum hat sie dann unterschrieben? Nun, die Bürgerinnen und Bürger sollten beruhigt werden. Mit größter Sensibilität melden die daran Interessierten das Abnehmen des Protests, in Wahrheit tritt das ein, was Herr Kretschmann verhindern will, dass „sie **sich von der Res Publica abwenden**“.

7. Wie ist die Durchsetzung eines Bauprojekts mit Hilfe einer geradezu militärisch agierenden Polizeigrößmacht inmitten einer Großstadt mit den Prinzipien einer **Zivilgesellschaft** zu vereinbaren? Einer Zivilgesellschaft, die in den Wahlversprechen und im Koalitionsvertrag expressis verbis angekündigt wurde.

Mitte der Achtziger-Jahre hat sich **der Landrat von Schwandorf Hans Schuierer** beharrlich geweigert, grünes Licht für den Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage **Wackersdorf** zu geben. Er hat dafür alle denkbaren Beschimpfungen der Atomlobby und Übergriffe der CSU-Landesregierung über sich ergehen lassen müssen, die das Großprojekt „mit einem ... Zaun aus schwerem Stahlgeflecht wie ein Bollwerk ... und mit wahren Heerscharen von Polizisten“ gesichert hatte. Er ist „für den Erhalt seiner Heimat und der demokratischen Freiheitsrechte aufgestanden: unbeirrbar, unbeugsam, geradlinig, bürgernah und ohne Anbiederung. Und erfolgreich!“ (alle Zitate Franz Maget, SPD, Laudatio 2005).

Ich kann nur appellieren: **Herr Kretschmann übernehmen Sie!**

Eberhard Frasch

Mitarbeiter im Reutlinger Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21

Mit dieser Stellungnahme unterstütze und ergänze ich den Offenen Brief von Dr. Christoph Engelhardt u.a. vom 6.2.2012 an MP Kretschmann